

Möglichkeit und Umsetzung des Verbots von Cannabiskonsum auf bevorstehenden Weihnachtsmärkten

I. Hintergrund

Aufgrund des in wesentlichen Teilen am 01.04.2024 in Kraft getretenen Konsumcannabisgesetzes (KCanG) ist seit diesem Zeitpunkt der öffentliche Konsum von Cannabis unter gewissen Restriktionen zulässig.

Die teilweise Legalisierung von Cannabis durch das KCanG birgt die Gefahr, dass das Risikobewusstsein hinsichtlich des Schädigungspotentials des Konsums minimiert und mithin der Konsum von Cannabis normalisiert wird. Cannabis macht nachgewiesenermaßen abhängig und kann zu schweren Entwicklungsschäden – gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen – führen.

Aufgrund der negativen gesundheitlichen Folgen, die mit dem Cannabiskonsum einhergehen, ist es geboten, im Sinne eines effektiven Kinder- und Jugendschutzes, der auch erklärter Leitgedanke des Bundesgesetzgebers ist, den Konsum an besonders frequentierten Orten und die dadurch entstehen Konsumanreize zu beschränken.

An Orten, an denen eine Vielzahl von Menschen zusammenkommt und sich dicht beieinander aufhält, wie z.B. Weihnachtsmärkten, sind die beschriebenen potenziellen Gefahren und Konsumanreize für Kinder und Jugendliche besonders hoch. Weihnachtsmärkte sind ein beliebter Treffpunkt für eine Vielzahl von Menschen, die die festliche Atmosphäre in der Vorweihnachtszeit genießen. Als typische Familienveranstaltungen sind sie auch in besonderem Maße von Kindern und Jugendlichen besucht.

II. Konsumverbotszonen nach dem KCanG

Zur Sicherstellung eines effektiven Kinder- und Jugendschutzes sind die im KCanG geregelten Konsumverbotszonen unzureichend.

§ 5 KCanG schränkt das Recht, Cannabis zu konsumieren, in bestimmten Fällen ein. Bei dem Verstoß gegen dieses Konsumverbot handelt es sich um eine Ordnungswidrigkeit (gem. § 36 Abs. 1 Nr. 4 KCanG).

§ 5 Abs. 1 KCanG verbietet, dass Cannabis in unmittelbarer Gegenwart von Kindern und Jugendlichen konsumiert wird. § 5 Abs. 2 KCanG verbietet ausdrücklich den Konsum von Cannabis an bestimmten Orten, z.B. Schulen, Kindergärten und Fußgängerzonen. Die örtlichen Verbote unterliegen weiteren räumlichen und zeitlichen Begrenzungen. Jahrmärkte wie z.B. Weihnachtsmärkte bezieht das Gesetz dagegen nicht ausdrücklich als Verbotsort ein.

Insgesamt ist es die Intention des Gesetzgebers, den Konsum dort zu verbieten, wo Kinder und Jugendliche regelmäßig anzutreffen sind. Dies ist exemplarisch und explizit die Begründung für das Verbot des Konsums von Cannabis in Fußgängerzonen (Entwurf eines Gesetzes zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften, BT-Drs. 20/8704, S. 98). Wenn aber nach dem Willen des Gesetzgebers bereits in Fußgängerzonen wegen der schlechten Vorbildwirkung für Minderjährige der Konsum von Cannabis verboten ist, muss dies erst Recht bei stark besuchten Veranstaltungen wie bspw. einem Weihnachtsmarkt gelten. Dort befinden sich Erwachsene unvermeidbar in unmittelbarer Nähe zu Kindern und Jugendlichen. Die Einhaltung und Kontrolle des in § 5 Abs. 2 KCanG vorgesehenen Sichtabstandes (100 Meter) für bestimmte Einrichtungen gestaltet sich auf dem Gelände eines Weihnachtsmarktes schwierig.

Bezogen auf das Gesamtveranstaltungsgelände bei innerstädtisch lokalisierten Weihnachtsmärkten kann die räumliche und zeitliche Beschränkung der Verbotstatbestände in § 5 Abs. 2 KCanG zu einem „Flickenteppich“ führen. Stellt man sich ein typisches Innenstadtgelände vor, ist dieses städtebaulich geprägt durch Fußgängerzonen, Parkanlagen, Verkehrsstraßen sowie Wohn- und Gewerbeflächen. Soweit man sich nicht in der Nähe eines Kindergartens o.ä. befindet, ist lediglich in der Fußgängerzone der Konsum

von Cannabis im Zeitraum von 7 bis 20 Uhr verboten. Dies hat zur Folge, dass ein Weihnachtsmarktgelände, welches sich über den Bereich der Fußgängerzone hinaus erstreckt, teilweise vom Konsumverbot erfasst ist und teilweise nicht. Soweit sich im Nahbereich der Fußgängerzone auch ein Kindergarten befindet, hätte dies zur Folge, dass im 100-m-Sichtabstand zum Kindergarten dauerhaft nicht konsumiert werden darf, wohingegen nach 20 Uhr innerhalb der Fußgängerzone konsumiert werden dürfte. Diese Koppelung an die vom Gesetz vorgesehen zeitliche Beschränkung könnte von den Konsumentinnen und Konsumenten im Umkehrschluss geradezu als Aufforderung dahingehend verstanden werden, dort in der übrigen Zeit zu konsumieren. Bereiche, die also entweder räumlich oder aber zeitlich nicht der Verbotszone unterfallen, werden mithin erwartbar zu Ballungsräumen des Konsums. In Ermangelung eines einheitlichen Rechtsrahmens laufen die Besucherinnen und Besucher deshalb Gefahr, sich gesetzeswidrig zu verhalten. Überdies ist die Überprüfung durch die Kontrollbehörden nahezu unmöglich.

Für Weihnachtsmärkte die z.B. auf einem Burggelände situiert sind, greifen demgegenüber in der Regel gar keine Verbotstatbestände aus § 5 Abs. 2 KCanG ein.

III. Handlungsoptionen

Wie voranstehend dargelegt, besteht aufgrund der unzureichenden Gewährleistung eines effektiven Gesundheits-, Kinder und Jugendschutzes allein durch das KCanG, mit Blick auf die zeitnah anstehenden zahlreichen Weihnachtsmärkte als potentiell hochfrequentierte Orte, die Notwendigkeit ergänzender Regelungen.

Um für den Bürger hinreichend Rechtsklarheit zu schaffen und darüber hinaus den Gefahren für Gesundheit und Jugendschutz begegnen zu können, empfiehlt es sich, die durch den Bundesgesetzgeber normierten defizitären Verbotstatbestände zu ergänzen.

Dem steht insbesondere nicht entgegen, dass der Bundesgesetzgeber bereits einzelne Verbotszonentatbestände geschaffen hat. Auch wenn der Gesetzesentwurf noch davon ausging, dass die Aufzählung der Orte in § 5 Abs. 2 KCanG abschließend sein soll (Entwurf eines Gesetzes zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer

Vorschriften, BT-Drs. 20/8704, S. 97), ist dies dem Gesetzeswortlaut nicht zu entnehmen. Vielmehr ist von einer exemplarischen Aufzählung auszugehen, da ansonsten die Gesetzgebungskompetenz des Bundes (nur Gesundheit- und Kinder-/Jugendschutz, nicht aber Gefahrenabwehr) überschritten wäre.

Eine einheitliche Regelung für eine Vielzahl von Personen auf Weihnachtsmärkten könnte im Wege der Allgemeinverfügung geschaffen werden. Dies bestätigt auch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Kassel in seinem Beschluss vom 22. Mai 2024 (Az. 7 L 725/24.KS) für eine Regelung der Stadt Fritzlar zum Hessentag.

Die Allgemeinverfügung ist aufgrund ihres Charakters als konkret-generelle Regelung das geeignete Mittel, einen konkreten Lebenssachverhalt zu regeln. In der Gestalt der personenbezogenen Allgemeinverfügung nach § 35 S. 2 Var. 1 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HVwVfG) haben die Kommunen die Möglichkeit, innerhalb eines konkreten Zeitfensters und innerhalb klarer räumlicher Grenzen (Veranstaltungsgelände), den verbleibenden Gefahren für Gesundheits-, Kinder- und Jugendschutz zu begegnen. Zudem eröffnet der Erlass der Allgemeinverfügung die Möglichkeit, mit Zwangsmitteln gegen etwaige Verstöße vorzugehen. Diese sind konsequenterweise direkt in der Allgemeinverfügung anzudrohen.

Rechtsgrundlage für den Erlass der Allgemeinverfügung ist § 11 HSOG. Danach können die Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden die erforderlichen Maßnahmen treffen, um eine im einzelnen Fall bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu regeln.

An solchen Orten, an denen eine Vielzahl von Menschen zusammenkommt und sich dicht beieinander aufhält sind potentielle Verstöße gegen das in § 5 Abs.1 KCanG normierte Konsumverbot zu erwarten, weshalb eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht.

Zur Beseitigung der Gefahr können Behörden erforderliche Maßnahmen treffen. Diese müssen verhältnismäßig sein, d.h. geeignet, erforderlich und angemessen.

Die Allgemeinverfügung ist geeignet, da sie das Ziel des Gesundheits- sowie Kinder- und Jugendschutzes zumindest fördert.

Im Rahmen der Erforderlichkeit sind gleichwohl als mildere Mittel sog. „Konsumzonen“ oder sonstige gegenüber einem Totalverbot weniger einschneidende Maßnahmen eingehend zu prüfen. Das Einrichten von beschilderten Konsumzonen ist grundsätzlich kein gleich geeignetes, weniger einschneidendes Mittel. Zum einen stellt sich mit Blick auf die praktische Durchführung die Frage, wie eine solche Konsumzone überhaupt in ausreichendem Maß blick-, rauch- und ggf. geruchsdicht gehalten werden könnte. Zum anderen ist, wie oben bereits dargestellt, jegliche Anreizwirkung für Kinder und Jugendliche konsequent zu vermeiden. Es kann aber gerade nicht ausgeschlossen werden, dass von solchen Zonen Konsumanreize für Kinder und Jugendliche geschaffen werden. Zudem würde es in den Kern und Charakter eines Weihnachtsmarktes eingreifen und ihn in seinem Wesen verändern. Das Gepräge eines Weihnachtsmarktes als Familienveranstaltung sollte nicht beeinträchtigt werden.

Im Rahmen der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne sind insbesondere die kollidierenden Grundrechtspositionen (allgemeine Handlungsfreiheit des Konsumenten gem. Art. 2 Abs. 1 GG, Gesundheits- sowie Kinder- und Jugendschutz der nicht konsumierenden Bürger gem. Art. 2 Abs. 2 GG) in einen angemessenen Ausgleich zu bringen.

In Anbetracht der Hochwertigkeit dieser Schutzgüter treten die geschützten Interessen von Bürgerinnen und Bürgern zurück, die auf dem Weihnachtsmarkt Cannabis konsumieren möchten. Der durch eine Allgemeinverfügung vorgesehene Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit ist insgesamt als sehr niedrigschwellig zu bewerten. Konsumwillige Bürgerinnen und Bürger dürfen in den Grenzen des KCanG an allen Orten außerhalb des räumlichen und zeitlichen Geltungsbereichs der Allgemeinverfügung Cannabis konsumieren.

Die Allgemeinverfügung verstößt auch nicht gegen den allgemeinen Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG. Denn weder Alkohol, noch Zigaretten sind in ihrer Wirkweise und ihrem Schädigungspotential vergleichbar mit Cannabis. Auf einem Weihnachtsmarkt findet eine kontrollierte Abgabe von Alkohol von Wirten, die eine Schanklizenz besitzen und behördlichen Kontrollen unterliegen, statt. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu Cannabis, bei dem keine Kontrollen stattfinden und keiner weiß, woher die Droge stammt und wel-

che Qualität sie hat. Der Bundesgesetzgeber war es auch, der die Unterscheidung getroffen hat, den Umgang mit Cannabis nach § 2 KCanG umfassend zu verbieten, den Konsum von Zigaretten und Alkohol aber straf- und sanktionsfrei zu lassen. Auch die ausdrücklich vom Gesetzgeber aufgenommene Entscheidung, nur den Konsum von Cannabis in Anwesenheit Minderjähriger – selbst im privaten Bereich – zu verbieten (§ 5 Abs. 1 KCanG), aber keine vergleichbare Regelung für Alkohol und Nikotin zu treffen, lässt deutlich werden, dass Cannabis, Alkohol und Nikotin gerade nicht vergleichbar sind. Selbst wenn man also eine Vergleichbarkeit der Rauschmittel sehen wollte, wäre eine von der Behörde vorgenommene Ungleichbehandlung „sachlich vertretbar“ und damit gerechtfertigt.

IV. Umsetzungshinweise

Das Vorliegen der Voraussetzungen, insbesondere die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme, muss in jedem Einzelfall eingehend geprüft und festgestellt werden. Wird die vorgeschlagene Handlungsweise avisiert, ist es empfehlenswert das Konsumverbot auf einem Weihnachtsmarkt durch Beschilderung kenntlich zu machen. Um etwaigen Zuwiderhandlungen effektiv zu begegnen, sollten bereits im Rahmen der Allgemeinverfügung Zwangsmittel angedroht werden.

Einen exemplarischen Vorschlag, wie eine derartige Regelung gestaltet werden könnte, finden Sie als Anhang beigelegt. Dieser ist angelehnt an die Allgemeinverfügung der Stadt Fritzlar, welche einer gerichtlichen Überprüfung im Eilverfahren bereits standhielt.

Hinzuweisen ist darauf, dass eine abschließende und exakte Benennung und Beschreibung des Veranstaltungsgeländes mit Blick auf den Bestimmtheitsgrundsatz zwingend erforderlich ist. Sinnvollerweise ist die Beschreibung um eine grafische Darstellung zu ergänzen.

Empfehlenswert ist überdies die Allgemeinverfügung in der Presse zu veröffentlichen.

Anhang

Musterallgemeinverfügung

Der/die XXX

als allgemeine Ordnungsbehörde

Gemäß §§ 1, 11, 14 Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 29. Juni 2023 (GVBl. S. 456, 471) erlässt die XXX folgende

Allgemeinverfügung

über das Verbot des öffentlichen Konsumierens von Cannabis im Veranstaltungsbereich des Weihnachtsmarktes in XXX:

1. Anordnung: Untersagung des öffentlichen Konsumierens von Cannabis

In der Zeit von Wochentag, TT.MM.JJJJ bis Wochentag, TT.MM.JJJJ ist das Konsumieren von Cannabis zu den in Nummer 2. näher definierten Zeiten im öffentlichen Raum in den unter Nummer 3. definierten Bereichen (Konkretisierung des Geländes) gemäß § 11 HSOG untersagt.

2. Zeitlicher Geltungsbereich:

Das Verbot unter Nummer 1 gilt aufgrund der andauernden und besonderen Gefahrenlage für die gesamte Zeit der Veranstaltung vom TT.MM.JJJJ bis zum TT.MM.JJJJ werktäglich jeweils im Zeitraum von XX:XX Uhr bis XX:XX Uhr (ggf. am Folgetag) sowie samstags, sonntags und am Feiertag (individuell anzupassen) von XX:XX Uhr bis XX:XX Uhr (ggf. am Folgetag).

3. Räumlicher Geltungsbereich:

Das Konsumverbot von Cannabis nach Nummer 1 erstreckt sich auf folgende öffentliche Straßen und Plätze in XXX (Gelände des Weihnachtsmarktes in XXX):

Die Veranstaltungsorte des XX. Weihnachtsmarktes in XXX befinden sich in XXX. (Konkrete, abschließende und exakte Benennung und Beschreibung der Veranstaltungsbereiche erforderlich! Sinnvollerweise zu ergänzen um eine grafische Darstellung im Anhang).

Bsp. für ein Innenstadtgelände (je nach Bedarf auf den Einzelfall anzupassen):

Die Veranstaltungsorte des XX. Weihnachtsmarktes in XXX befinden sich in der Innenstadt, entlang der XX Straße, der XX Straße, etc.

4. Zwangsgeld / Ordnungswidrigkeit:

Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen das Verbot in Nummer 1 dieser Allgemeinverfügung wird ein Zwangsgeld in Höhe von 150,00 Euro, nach § 50 Abs. 1 HSOG, zur Zahlung fällig.

Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen das Verbot in Nummer 1 dieser Allgemeinverfügung kann eine Ordnungswidrigkeit in Höhe von 500,00 Euro, nach § 36 Abs. 1 Nr. 4 in Verbindung mit Abs. 2 KCanG, zur Zahlung fällig werden.

Hinweis:

Die Bußgeldhöhe richtet sich nach dem in Hessen gültigen Bußgeldkatalog zum Konsumcannabisgesetz (StAnz. 2024, 610). Sie beträgt maximal 1.000,00 Euro.

5. Anordnung der sofortigen Vollziehung:

Aus Gründen des öffentlichen Interesses wird die sofortige Vollziehung des unter Nummer 1 geschilderten Verbotes angeordnet, mit der Folge, dass ein eventuell eingelegter Rechtsbehelf keine aufschiebende Wirkung hat.

Hinweis:

Das besondere Interesse an der sofortigen Vollziehung ist in der Begründung der Allgemeinverfügung dezidiert darzulegen. Gegeneinander abzuwägen sind hier das besondere Interesse an der sofortigen Vollziehung auf der einen, gegenüber dem grundsätzlichen öffentlichen Interesse an der Aufrechterhaltung der aufschiebenden Wirkung des Rechtsbehelfs und dem überwiegenden privaten Interesse des Pflichtigen auf der anderen Seite. Die Begründung muss sich auf den konkreten Einzelfall beziehen und inhaltlich über die Begründung des Erlasses der Allgemeinverfügung hinaus gehen.

6. Widerrufsvorbehalt:

Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.

7. Bekanntgabe:

Die Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 4 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HVwVfG) mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.

Anlagen -Anzahl-

Rechtsbehelfsbelehrung

Hinweise:

Gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO hat die Klage wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung keine aufschiebende Wirkung, sodass die Allgemeinverfügung auch dann befolgt werden muss, wenn sie mit einem Widerspruch angegriffen wird.

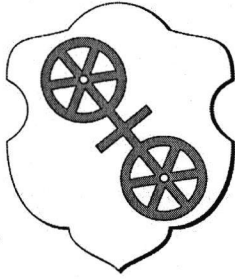
Gemäß des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (HessAGVwGO) sind von der mit der Bearbeitung des Widerspruchs zuletzt befassten Behörde, Kosten (Gebühren und Auslagen) nach Maßgabe des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der jeweiligen Fassung zu erheben, soweit der Widerspruch erfolglos geblieben oder zurückgenommen worden ist.

Gemäß § 41 Abs. 4 S. 1 HVwVfG ist nur der verfügende Teil einer Allgemeinverfügung öffentlich bekannt zu machen. Die Allgemeinverfügung mit ihrer vollständigen Begründung kann ab sofort mit Terminvereinbarung beim Ordnungsamt der Stadt XXX, Postalische Anschrift eingesehen werden.

Ort, TT.MM.JJJJ

NAME

-allgemeine Ordnungsbehörde-



DER BÜRGERMEISTER

als örtliche Ordnungsbehörde



Gemäß §§ 1, 11, 14 Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 29. Juni 2023 (GVBl. S. 456, 471) erlässt die Stadt Fritzlar folgende

Allgemeinverfügung

über das Verbot des öffentlichen Konsumierens von Cannabis im Veranstaltungsbereich des Hessentages 2024 in Fritzlar:

1. Anordnung: Untersagung des öffentlichen Konsumierens von Cannabis

In der Zeit von Freitag, **24.05.2024** bis Sonntag, **02.06.2024** ist das Konsumieren von Cannabis zu den in **Nummer 2.** näher definierten Zeiten im öffentlichen Raum in den unter **Nummer 3.** definierten Bereichen (Gelände des Hessentages 2024) gemäß § 11 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) untersagt.

2. Zeitlicher Geltungsbereich:

Das Verbot unter **Nummer 1** gelten aufgrund der andauernden und besonderen Gefahrenlage für die gesamte Zeit des Hessentages vom **24.05.2024** bis zum **02.06.2024** täglich jeweils im Zeitraum von **09:00 Uhr bis 01:00 Uhr** (am Folgetag) sowie **samstags von 09:00 Uhr bis 02:00 Uhr** (am Folgetag).

3. Räumlicher Geltungsbereich:

Das Konsumverbot von Cannabis nach **Nummer 1** erstreckt sich auf folgende öffentliche Straßen und Plätze in Fritzlar (Gelände des Hessentages 2024):

Die Veranstaltungsorte des 61. Hessentages in der Dom- und Kaiserstadt Fritzlar befinden sich in der historischen Altstadt, entlang der Kasseler Straße, der Neustädter Straße, entlang der Straße „Am Siechenrasen“ in Richtung Festplatz Eder-Aue.

Im Veranstaltungsbereich 1 „Altstadt“ (VA1) führt die Hessentagsstraße durch den Park zwischen Allee-Straße und der historischen Stadtmauer über die Kasseler Straße in den historischen Stadtkern von Fritzlar. Innerhalb der historischen Altstadt von Fritzlar verläuft die Hessentagsstraße über den Marktplatz durch die Straßen, Zwischen den Krämen“, „Am Hochzeitshaus“, St. Wigbert-Straße, „Burggraben“, über den Dom-Platz und dem Dr. Jestädt-Platz (entlang dem historischen Rathaus), über die „Titusgasse“ zur Neustädter Straße. Im nördlichen Bereich der „Neustädter Straße“ im Bereich des Marktplatzes führt die Hessenstraße in die „Gießener Straße“ bis zur evangelischen Kirchengemeinde. Im südlichen Bereich der „Neustädter Straße“ führt die Hessenstraße zum Veranstaltungsbereich 2 (VA2). Im Veranstaltungsbereich 1 - „Altstadt“ (VA1) befindet sich:

- das Weindorf – mit Riesenrad auf dem offiziellen ZOB entlang der Straße Allee
- die Stadthalle – in der Nähe zum ZOB (Tor zum Hessentag)
- die Markplatzbühne – auf dem Marktplatz
- Lions-Club – Innenhof Hochzeitshaus
- Schulgarten – Aktionsfläche am „Grauen Turm“
- das Bierdorf am Dom – auf dem Dr. Jestädt-Platz
- die HVT-Bühne – auf dem Dr. Jestädt-Platz
- Die „Alte Waage“ – am Domplatz
- Psychosoziales Zentrum Schwalm-Eder (PSZ)
- Evangelische Kirchengemeinschaft – Gießener Straße

Im Veranstaltungsbereich 2 – „Brücke am Mühlengraben“ (VA2) führt die Hessentagsstraße über die „Neustädter Straße“ über die „Brücke am Mühlengraben (Spitalsbrücke)“ über die Straße „Am Siechenrasen“ mit einem kurzen Abschnitt in den „Mainzer Ring“, in den Veranstaltungsbereiche 3 – Festplatz Eder-Aue“. Im VA2 – Brücke am Mühlengraben“ befindet sich:

- das Polizeibistro – entlang der Straße „Am Siechenrasen“
- die Gewerbeschau – Mainzer Ring ab „Am Siechenrasen“ bis „Schlichgasse“
- Banner-Straße entlang der „Neustädter Straße“

Im Veranstaltungsbereich 3 – „Festplatz Eder-Aue“ endet bzw. beginnt die Hessentagsstraße aus südlicher Richtung kommend. In der Eder-Aue befindet sich der große Festplatz der Stadt Fritzlar. Des Weiteren befinden sich südlich des Festplatzes entlang des Flusses „Eder“ groß ausgedehnte parkähnliche Aue-Wiesen. Im Veranstaltungsbereich 3 – Festplatz Eder-Aue“ (VA3) befindet sich:

- der Treffpunkt Hessen – auf dem Festplatz
- die BOS-Fläche – auf dem Festplatz
- Das Schützenhaus – „Pipprichsweg“
- das Taunus-Wunderland – entlang des Festplatzes und dem Freibad
- Natur auf der Spur - „Am Siechenrasen“
- die Flächen AOK, Hessischer Skiverband & Bundespolizei - „Am Siechenrasen“
- der hr-Treff – gegenüber dem Festplatz
- der Platz der Bundeswehr I (Bühne) – „Die Lachen Weiden“ entlang der Eder
- der Platz der Bundeswehr II (Ausstellung) – „Die Lachen Weiden“ entlang der Eder
- das Sparkassen-Palace - „Die Lachen Weiden“ entlang der Eder

- ✦ Übersichtsplan „Veranstaltungsflächen“ Hessentag 2024 (siehe **Anlage 1**)
- ✦ Außerdem ist diesem Gelände die Festzugstrecke zugeordnet vom Zeitpunkt des Beginns der Einrichtung bis Auflösung des Umzuges am 02.06.2024; (siehe **Anlage 2**)

Der räumliche Geltungsbereich der Allgemeinverfügung kann den beigefügten Kartenausschnitten (**Anlage 1 bis 3**) entnommen werden. Diese sind Bestandteil der Allgemeinverfügung.

4. Zwangsgeld / Ordnungswidrigkeit:

Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen das Verbot in **Nummer 1** dieser Allgemeinverfügung wird ein Zwangsgeld in Höhe von 150,00 Euro, nach § 50 Absatz 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG), zur Zahlung fällig.

Für den Fall der Zuwiderhandlung gegen das Verbot in **Nummer 1** dieser Allgemeinverfügung kann eine Ordnungswidrigkeit in Höhe von 500,00 Euro, nach § 36 Absatz 1 Nummer 4 in Verbindung mit Absatz 2 des Gesetzes zum Umgang mit Konsumcannabis (KCanG), zur Zahlung fällig werden.

5. Anordnung der sofortigen Vollziehung:

Aus Gründen des öffentlichen Interesses wird die sofortige Vollziehung des unter **Nummer 1** geschilderten Verbotes angeordnet, mit der Folge, dass ein eventuell eingelegter Rechtsbehelf keine aufschiebende Wirkung hat.

6. Widerrufsvorbehalt:

Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.

7. Bekanntgabe:

Die Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Absatz 4 Satz 4 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.

Anlagen -3-

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich, in elektronischer Form nach § 3a Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes oder zur Niederschrift beim Bürgermeister als örtliche Ordnungsbehörde der Stadt Fritzlar, Zwischen den Krämen 7, 34560 Fritzlar, Widerspruch erhoben werden.

Hinweise:

Gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO hat die Klage wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung keine aufschiebende Wirkung, sodass die Allgemeinverfügung auch dann befolgt werden muss, wenn sie mit einem Widerspruch angegriffen wird.

Gemäß dem Hessischen Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (HessAGVwGO) sind von der mit der Bearbeitung des Widerspruchs zuletzt befassten Behörde Kosten (Gebühren und Auslagen) nach Maßgabe des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der jeweiligen Fassung zu erheben, soweit der Widerspruch erfolglos geblieben oder zurückgenommen worden ist.

Gemäß § 41 Abs. 4 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes Hessen (HVwVfG) ist nur der verfügende Teil einer Allgemeinverfügung öffentlich bekannt zu machen. Die Allgemeinverfügung mit ihrer vollständigen Begründung kann ab sofort mit Terminvereinbarung beim Ordnungsamt der Stadt Fritzlar, Zwischen den Krämen 7, 34560 Fritzlar eingesehen werden

Fritzlar, 12.05.2024

Hartmut Spogat
-Bürgermeister-